

EVP sagt nein zur Masseneinwanderungsinitiative

Nicht dass die Anwesenden an der Parteiversammlung der EVP eine Masseneinwanderung mit all ihren Nebenerscheinungen unterstützen wollten. Dafür war die Angst vor ungebremstem Wachstum, Überbauung und Überfremdung zu deutlich zu vernehmen. Andere Argumente wie Arbeitskräftemangel in wichtigen Sektoren, zu erwartende Aufkündigung der bilateralen Verträge, oder auch die Einsicht, dass die Schweiz ihren Reichtum auf Dauer nicht werde behalten können, ohne ihn mit den andern zu teilen, wogen aber schwerer, so dass mit einer Zweidrittelmehrheit die Nein-Parole gegen die Masseneinwanderungsinitiative gefasst wurde.

Nicht weniger bewegt war die Diskussion über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur. Obwohl der Schienenverkehr zweifelsohne weit mehr Sympathie genoss als die Strasse, kam klar zum Ausdruck, dass dem Moloch Verkehr in all seinen Erscheinungsformen viel zu viel geopfert wird und ein Moratorium gut täte. In der Hoffnung, dass mit dem Ausbau der Eisenbahninfrastruktur ein Weiterausbau des Strassennetzes verhindert werden kann, kam schliesslich mit knappem Mehr die Ja-Parole zustande.

Mit sehr engagierten Voten wurde um die Empfehlung für die Abtreibungsfinanzierung gekämpft. Befürwortet wurde die Initiative von jenen, die aus ethischen und christlichen Gründen die Tötung des ungeborenen Kindes ablehnen und diese deshalb auch nicht mitfinanzieren wollen. Von der anderen Seite wurde aufgezeigt, dass diese Initiative den betroffenen Frauen nicht hilft, sondern vielmehr eine Aufkündigung der Solidarität bedeutet und ja sagt zu einer 2-Klassen-Medizin. Die ethischen und finanziellen Gründe vormochten schlussendlich mehr zu überzeugen, so dass mit einer Zweidrittelmehrheit die Ja-Parole beschlossen wurde. (mas)